



Zerstörter Straßenzug in Aleppo

SYRIEN

Assads Ende rückt näher

Nur vier bis sechs Stunden würde es dauern, um das syrische Arsenal an Chemiewaffen einsatzbereit zu machen, sollte Diktator Baschar al-Assad den drohenden Kollaps seines Regimes mit Massenvernichtungswaffen zu verhindern versuchen. Bis zu tausend bal-

listische Trägerraketen sollen vorhanden sein, die möglicherweise bereits für den Ernstfall getestet wurden. Zu dieser Einschätzung gelangte der Bundesnachrichtendienst. BND-Chef Gerhard Schindler schätzte zudem die einsetzbaren Waffenbestände vergangene

Woche in einer streng vertraulichen Runde von Sicherheitspolitikern auf bis zu 1000 Tonnen. Darunter sollen sich 700 Tonnen Sarin und jeweils 100 Tonnen Senf- und VX-Gas befinden, die in von Spezialeinheiten gesicherten Armeebasen mit Landepisten für Flugzeuge gelagert würden. Obwohl der Einsatz von Giftgas bereits von mehreren Feldkommandeuren der Armee eingefordert worden sei, gibt es laut BND bisher keine konkreten Vorbereitungen. Von Satelliten vor kurzem beobachtete Aktivitäten in den Lagern, die weltweit die Angst vor einem Einsatz der Chemiewaffen schürten, waren laut BND-Analyse vermutlich nur Sicherungsmaßnahmen, da nahe den Depots Angriffe durch Rebellen drohten. Die Sorge wächst jedoch, das bedrängte Regime könne am Ende doch noch zu seinen Massenvernichtungswaffen greifen. Vorige Woche hatte die Armee bereits in einem Verzweiflungsakt erstmals vier Scud-Raketen auf die Rebellenhochburg Aleppo abgefeuert – die allerdings auf einem Feld einschlugen. Inzwischen glaubt selbst Syriens wichtigster Verbündeter Russland offenbar nicht mehr, dass Assads Regime den Bürgerkrieg überstehen könnte. Die Entwicklung zeige, dass die syrische Regierung mehr und mehr die Kontrolle verliere, räumte Vize-Außenminister Michail Bogdanow vergangene Woche ein. Zum ersten Mal hat Russland damit Zweifel an einer möglichen politischen Lösung des Konflikts öffentlich gemacht – ein deutliches Signal dafür, dass Assad sich vermutlich nicht mehr lange an der Macht halten kann.

BELGIEN

Champagner statt Bier

Ein Streit ums Bier entzweit Belgien und Frankreich. Um 160 Prozent hat der französische Präsident François Hollande die Verbrauchsteuer auf Bier erhöht, worunter vor allem die belgische Bierindustrie mit ihren rund 60 000 Mitarbeitern leiden wird, die ein Drittel des Exportbiers ins Nachbarland ausführt. Typisch französische Produkte wie Champagner, Wein oder Cognac sind von der Steuererhöhung jedoch ausgenommen. Belgien treffen mögliche Einbußen seiner Bierindustrie hart, weil das kleine Königreich auf dem Weg ist, das nächste Euro-Krisenland zu werden: Die Staatsverschuldung liegt bei über hundert Prozent der Jahreswirtschaftsleistung, das Land steckt in einer Rezession. Höchstpersönlich reiste daher Belgiens Premier Elio Di Rupo nach Paris, um seine Bierhersteller zu unterstützen. Doch Hollande ließ sich nicht erweichen. Wohl auch, weil Paris seinem Nachbarn vorwirft, Franzosen mit Niedrigsteuern anzulocken – vor allem seit Hollandes Reichensteuer von 75 Prozent gilt.

Geschäftsleute, reiche Erben und Prominente zieht es seither nach Belgien. So wird der Schauspieler Gérard Philipe künftig in einem Dorf gleich hinter der belgisch-französischen Grenze wohnen. Und der reichste Mann Europas, der Franzose Bernard Arnault vom Luxuskonzern LVMH, beantragte sogar die belgische Staatsbürgerschaft.



Biertrinker einer Folkloregruppe in Brüssel